

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP)

Verfolgung von Hasskommentaren in der Justiz

Anfrage der Abgeordneten Dr. Stefan Birkner und Dr. Marco Genthe (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 02.12.2019

In der 60. Sitzung am 25. Oktober 2019 im Niedersächsischen Landtag hat Justizministerin Barbara Havliza, zu TOP 33 b) „Ist die Gefährdungslage in Niedersachsen in Bezug auf den Rechtsextremismus und auf die sogenannten Feindeslisten gestiegen?“ - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 18/4818 - Folgendes gesagt: „Im Bereich der Justiz verhält es sich wie folgt: Zum einen haben wir bekanntermaßen schon neue Richtlinien geschaffen, was mögliche Einstellungspraxen der Staatsanwaltschaften bei Beleidigungen und Hetzgeschichten angeht. Zum anderen beginnen wir damit, die Angehörigen der Justiz mit Schulungen zu sensibilisieren, auf welche Gemengelagen von Hetze, Gewaltsprüchen, Drohungsbereichen usw. man besonders zu achten hat, um einen gewissen Sensus für alle diese Problematiken zu schärfen. (...) Wir sind dabei, ein Konzept zu entwerfen, um an einer Staatsanwaltschaft, die schon die luK-Kriminalität als Schwerpunkt hat, Staatsanwälte und einen IT-Spezialisten für genau diese Sachen aufzubauen.“ Des Weiteren gab Innenminister Pistorius zu diesem Punkt an, dass im LKA aktuell die Zentralstelle zur polizeilichen Bekämpfung von Hasskriminalität eingerichtet werde. Auf Nachfrage zu der Zentralstelle gab er an: „Die genaue Ausstattung steht noch nicht fest. Wir haben gerade damit begonnen, sie zu konzipieren und einzurichten. Sobald das getan ist, werden wir darüber gerne informieren. Die Staatsanwaltschaft ist selbstverständlich mit einbezogen.“

1. Bezüglich der Zentralstelle im LKA zur Bekämpfung von Hasskriminalität:
 - a) Welchen genauen Zuständigkeitsbereich soll diese innehaben?
 - b) Wie genau setzt sich die Zentralstelle personell zusammen?
 - c) Wie genau gestaltet sich hier die Art und Weise der Zusammenarbeit der Polizei und der Staatsanwaltschaft?
2. Wie definiert die Landesregierung den Bereich „Hetze im Netz“?
3. Werden die Delikte im Bereich „Hetze im Netz“ statistisch erfasst? Wenn ja, wie viele Anklagen hat es in den Jahren 2016, 2017, 2018 und bisher im Jahr 2019 in Niedersachsen gegeben? Wie viele dieser Verfahren sind nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden?
4. Wie viele Staatsanwälte sind für den Bereich „Hetze im Netz“ zuständig?
5. Hält die Landesregierung die Staatsanwaltschaft personell für ausreichend ausgestattet, um alle Verfahren, insbesondere auch die im Bezug auf „Hetze im Netz“, intensiv zu bearbeiten?
6. Sieht die Landesregierung Handlungsbedarf im Bezug auf die Einführung eines extra Tatbestandes für „Hetze im Netz“ oder die Verschärfung von bestehenden Strafnormen?
7. Sind die von Justizministerin Havliza genannten Schulungen bereits angelaufen?

(Verteilt am 06.12.2019)